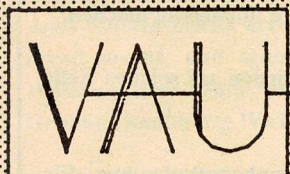


7. Jahrgang Nr. 17/18
September 1990



Verein für angewandten Umweltschutz e.V.

Berliner Straße 6 3250 Hameln 1 Tel. 05151/51529

Nun auch bei uns:

Strahlende Fracht

In Kürze ist es soweit: Die ersten Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus Grohnde rollen durch den Landkreis Hameln-Pyrmont. Ihr Ziel ist die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague. Dieses Jahr werden es "nur" vier Transporte mit je 11 Brennelementen sein, in den nächsten Jahre steht uns nach dem Willen der Grohnde-Betreiber wesentlich mehr ins Haus:

Bis 1992 sollen ca. 130 Brennelemente (BE) nach La Hague geschickt werden; 1992 und 1993 sind Transporte von rund 100 BE nach Sellafield (besser bekannt unter dem skandalbelasteten Namen Windscale) vorgesehen und ab 1994 soll etwa die gleiche Menge wiederum an die La Hague - Betreiberfirma COGEMA geliefert werden.

Die Verträge mit COGEMA legen fest, daß bis zu 30% der gelieferten BE aus sog. Mischoxid (MOX) - Brennelementen bestehen dürfen.

Die abgebrannten Brennelemente haben zwei unangenehme Eigenschaften: erstens strahlen sie sehr stark, wesentlich stärker als frische (abgebrannter Brennstoff, der etwa ein Prozent Plutonium enthält, ist neben reinem Plutonium das gefährlichste im Brennstoff-"Kreislauf" anfallende Transportgut). Zum anderen sind sie, obwohl sie unter ständiger Kühlung längere Zeit im sog. Abklingbecken unter der Reaktorkuppel verbracht haben, immer noch sehr heiß (bis zu 400 Grad). Daher müssen sie in monströsen Spezialbehältern, die alleine schon über 100 Tonnen wiegen, transportiert werden.

Da das AKW Grohnde über einen eigenen Gleisanschluß verfügt, wird hier von vornherein der Schienenweg gewählt. Vermutlich geht es dann über Hameln, wo der 8-



achsige Spezialwaggon an einen regulären Güterzug angehängt wird, weiter über Löhne, Osnabrück, Münster, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Koblenz sowie Trier nach Frankreich. Die an gigantische Thermosflaschen erinnernden BE-Behälter sind zwar durch eine zusätzliche Haube neugierigen Blicken entzogen, die Waggon sind jedoch trotzdem recht einfach als solche zu erkennen (s. Foto). In diesem Zusammenhang gleich eine große Bitte: Wer solch einen Waggon sieht, möge uns

Fortsetzung auf S.2

In eigener Sache

Ende April ist unser letztes VAU-Info erschienen. Damals verkündeten wir vollmundig, daß unser Info zukünftig (fast) regelmäßig erscheinen sollte, und zwar vierteljährlich.

Offensichtlich hat das nicht geklappt: das Vierteljahr seit der letzten Nummer ist seit fast zwei Monaten verstrichen, und das, obwohl wir doch eine Menge Wissenswertes zu berichten gewußt hätten. Also, woran hat's diesmal gelegen? Wie üblich am chronischen Aktivenmangel, in Verbindung mit dem altbekannten 'Sommerloch'.

Jetzt ist es aber endlich soweit: das neue Info ist fertig, diesmal sogar eine Doppelnummer! Sie hat diesen Namen aber auch verdient mit ihren 12 prallvollen Seiten. Außerdem halten wir uns damit die Möglichkeit offen, unser angestrebtes Ziel (4 Ausgaben im Jahr) doch noch zu schaffen.

Das Sommerloch ist überwunden. Beim letzten VAU-Treffen waren mehrere Leute zum ersten Mal oder nach langer Zeit zum ersten Mal wieder bei uns. Vielleicht fühlt sich ja die / der eine oder andere dadurch ermutigt, bei uns (wieder) einzusteigen. Nur zu, wir freuen uns darauf!

Aus dem Inhalt

Interview zu Atomtransporten	2
Tschernobyl und wir	3
VAU: Geld wie Heu	5
Atomkraft und CO ₂	5
DDR: Stromgiganten schlagen zu	6
Beobachtungen melden!	8
Fragebogen zum Trinkwasser	9
Radioaktive Energiesparlampen	10
Nuklear-Park Grohnde	11
AKW-Strahlung gemessen	12

"Versagen nie völlig ausgeschlossen"

Interview mit Dipl.Phys. Wolfgang Neumann

VAU: Welche Gefahren bzw. Risiken birgt der unfallfreie Transport von abgebrannten Brennelementen?

Neumann: Durch die Konstruktion der Behälter für bestrahlte Brennelemente kann nicht verhindert werden, daß Gamma- und Neutronenstrahlung nach außen dringt. D.h.: Auch außerhalb der Behälter tritt radioaktive Strahlung auf, durch die Menschen, in Abhängigkeit von Entfernung und Aufenthaltsdauer, belastet werden.

VAU: Gibt es dabei Unterschiede zwischen Uran- und MOX-Brennelementen?

Neumann: Durch die unterschiedliche Nuklidzusammensetzung der bestrahlten Brennelemente ist die radioaktive Strahlung von MOX-Brennelementen deutlich höher. War bisher in der Öffentlichkeit von einem Durchschnittswert für die Ortsdosisleistung an der Behälteroberfläche von 0,1 mSv (= 10 Millirem) bei Uran-Brennelementen die Rede, so wurden z.B. für einen Transport von MOX-Brennelementen aus dem AKW Neckarwestheim bis zu 1,5 mSv (= 150 Millirem) gemessen. Zulässig sind maximal 2,0 mSv (= 200 Millirem).

VAU: Wer ist von dieser zusätzlichen Strahlung besonders betroffen?

Neumann: Da sind zunächst die Beschäftigten im AKW, dann die Transportarbeiter und insbesondere die Lokführer zu nennen. Dies trifft jedoch auch in besonderem Maße für direkte Anwohner an Transportstrecken zu.

VAU: Wie sicher sind die Transportbehälter?

Neumann: Das ist abhängig vom verwendeten Behältertyp. Jedoch sind auch bei den von den Betreibern als Hochsicherheitsbehälter bezeichneten Typen CASTOR und TN1300 realistische Unfallsituationen vorstellbar, die zu einem Versagen führen.

VAU: Was für Folgen könnte solch ein Transportunfall haben?

Neumann: Die Folgen werden vor allem bestimmt durch die Freisetzung von großen Cäsium-Mengen. Durch die relativ langen Halbwertszeiten ist mit Ausnahme von direkt am Unfallort befindlichen Personen nicht mit akuten Strahlenschäden zu rechnen. Entscheidend sind vielmehr die Langzeitwirkungen; diese können Maß-

nahmen von Verzehrsverboten bis zu Evakuierungsmaßnahmen im Umkreis von mehreren Kilometern notwendig machen.

VAU: Sind die Behörden auf solchen Fälle vorbereitet?

Neumann: Katastrophenschutzpläne für Atomtransporte existieren nicht. Im übrigen werden die für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen, wie die Landkreise, über solche Transporte gar nicht informiert.

VAU: Gibt es Möglichkeiten, solche Unfälle zu vermeiden?

Neumann: Die Transportbehälter stellen notwendigerweise einen Kompromiß zwischen Unfallsicherheit und Handhabbarkeit sowie wirtschaftlichen Gesichtspunkten dar. Daher kann ein Versagen nie völlig ausgeschlossen werden. Auch Katastrophenschutzpläne und alle anderen denkbaren Maßnahmen vor und nach einem Unfall könne allenfalls dessen Auswirkungen begrenzen. Die einzig sichere Maßnahme wäre die Verhinderung von Atomtransporten, d.h. die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Der Diplom-Physiker Wolfgang Neumann ist seit 3 Jahre Mitarbeiter der "Gruppe Ökologie" in Hannover und befaßt sich dort vorwiegend mit sämtlichen Aspekten der Ver- und sog. "Ent-"sorgung von Atemanlagen.

Das Interview wurde Anfang September 1990 geführt.

Fortsetzung von S.1

bitte möglichst schnell verständigen. Wichtig sind dabei natürlich möglichst genaue Ortsbeschreibung sowie Uhrzeit der Beobachtung.

In der DWZ vom 12. September bemühen sich der AKW-Leiter Dittmar sowie sein Stellvertreter Kahlstatt, die Gefahren, die von diesen Atomtransporten ausgehen, zu

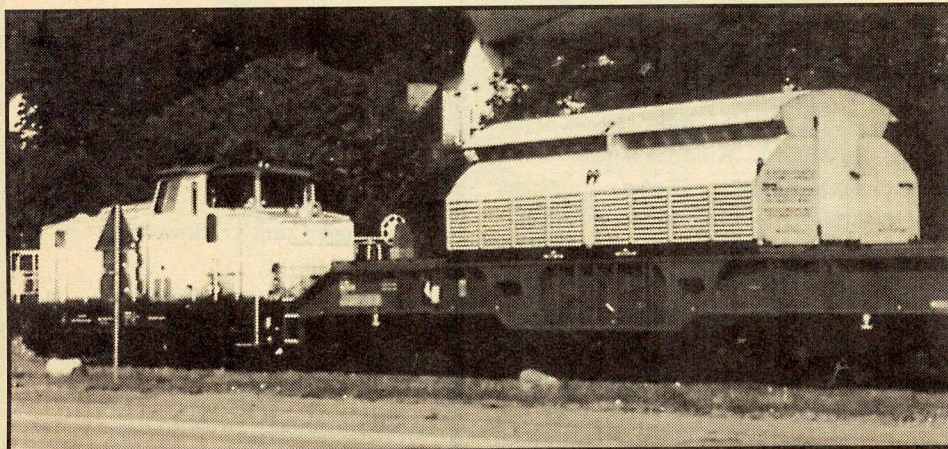
verharmlosen. Es kann gar nichts passieren, was man ja schon daran sehen kann, daß noch nie etwas passiert ist - so etwa lassen sich die Stellungnahmen der beiden Herren zusammenfassen.

Außerdem werden die Transportbehälter in den höchsten Tönen als absolut sicher gefeiert. Von Beschußversuchen, Abwürfen aus 200 Metern Höhe sowie Kol-

lisionsversuchen mit einer Lokomotive bei 120 km/h ist dort die Rede. Leider nehmen es die Herren dabei mit der Wahrheit nicht besonders genau. Für die jetzt anstehenden Transporte werden nämlich Transportbehälter vom Typ NTL 10 eingesetzt; die spektakulären Versuche wurden jedoch mit völlig anderen Behältern (CASTOR B bzw. MAGNOX) durchgeführt, die allein schon von ihrer Bauweise her mit dem Typ NTL 10 nicht vergleichbar sind.

Außerdem werden die geschilderten Härteprüfungen (Absturz aus 9 Metern Höhe, 30-minütiger Feuerstest bei 800 Grad sowie Drucktest entsprechend einer Wassertiefe von 200 Metern) nur mit Prototypen, maßstabsgerechten Modellen oder rein rechnerisch durchgeführt.

Und was passiert bei einem Absturz aus großer Höhe, beispielsweise von einer Eisenbahnbrücke herab? Was passiert, wenn bei einem Unfall Tankwaggons mit Butan, Propan oder Azeton beteiligt sind



und bei einem Brand Temperaturen von bis zu 2000 Grad entstehen, und das möglicherweise über mehrere Stunden?

Dann ist die Katastrophe da und niemand ist darauf vorbereitet. Denn Katastrophenschutzpläne für Atomtransporte gibt es nicht. Die für den Katastrophenschutz zuständige Behörde, der Landkreis, wird nicht einmal über die Transporte informiert. Dies bestätigte auch der Oberkreisdirektor in der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN im Kreistag am 11.4.1988. Selbst die niedersächsische Landesregierung erfährt erst 48 Stunden vorher, wann und auf welchen Routen die strahlende Fracht rollt!

Welche Folgen solch ein Transport-GAU hätte, hängt von vielen Faktoren ab. Wahrscheinlich sind die Spätfolgen weitaus tragischer als die kurzfristigen (s. auch unser Interview mit Dipl.Phys. W. Neumann).

Doch auch, wenn wir alle noch mal Glück haben und die atomare Fracht "wohlbehalten" nach La Hague gelangt, kann von einem normalen Gütertransport keine Rede sein. Denn so dick der Stahl der Transportbehälter auch ist, die Strahlung der heißen BE kann nicht vollständig abgeschirmt werden. Davon sind dann in erster Linie die Eisenbahner, also die Rangierer, Lokführer und Zugbegleiter betroffen. Diese können innerhalb weniger Stunden durchaus eine Strahlenbelastung erleiden, die über der maximal zulässigen Dosisleistung für Atomarbeiter liegt! Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem auch eine Studie, die im Auftrag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands GdED angefertigt wurde. Dort heißt es:

"...daß die Bahnbediensteten einem höheren beruflichen (Strahlen) Risiko ausgesetzt sind als die Beschäftigten in der Nuklearindustrie, wobei diese gegenüber anderen Berufssparten bereits benachteiligt sind."

Während ein Rangierer unter Umständen seine höchstzulässige Jahresdosis bei 1 Meter Abstand vom Transport, z.B. beim Ankoppeln, bei einer Rangierfahrt oder ähnlichem, nach 90 Minuten erhält, trifft es einen Stellwerksbeamten in 30 Metern Entfernung nach ca. 300 Stunden und die beiden Bahnpolizisten auf dem hinteren Führerstand der Lokomotive nach einer Fahrt von Hamburg bis Köln.

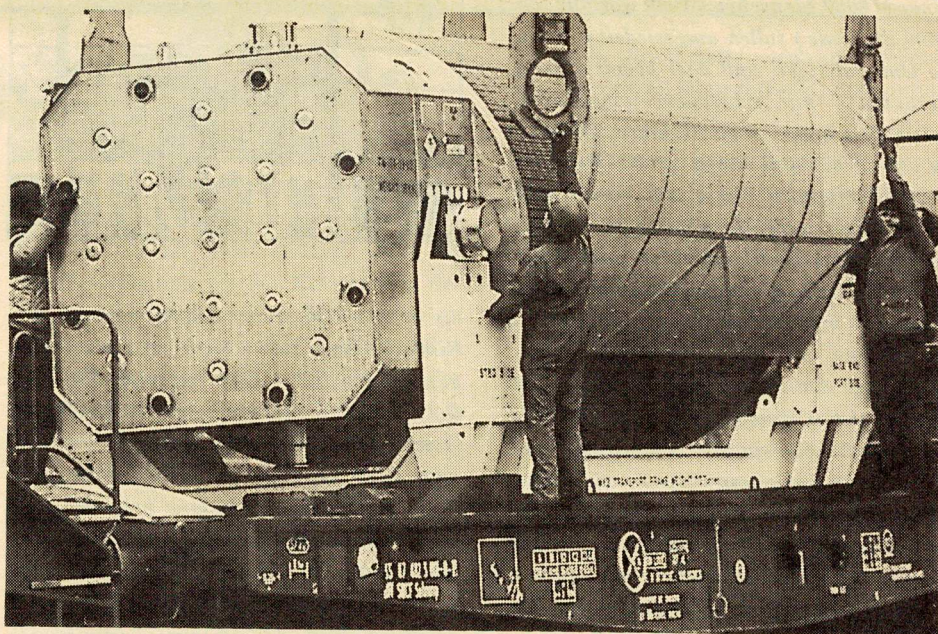
Warum überhaupt haben sich die Grohnde-Betreiber entschlossen, schon jetzt verbrauchte BE abzutransportieren, wo sie doch in ihrem Kompaktlager noch Platz für mehrere Jahre haben? (Wenn wir richtig mitgerechnet haben, ist noch Platz für rund 300 BE, also für rund 5 BE-Wechsel.) Wir sehen 3 mögliche Gründe dafür.

1. Möglicherweise beinhalten die Verträge mit COGEMA in Frankreich bzw. BNFL in Großbritannien entsprechende Klauseln ("Lieferung bis spätestens.....")
2. Vieles spricht auch für die Annahme, daß die Atom-Herren möglichst viele Transporte abwickeln wollen, bevor die niedersächsische Landesregierung ihre Absicht in die Tat umsetzt, die Atom-

transporte ins Ausland zu stoppen. ("Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus der Bundesrepublik im Ausland wird grundsätzlich abgelehnt, weil sie ein zusätzliches Gefahrenpotential bedeutet und dem Gebot der schadlosen Verwertung widerspricht." (Koalitionsvereinbarung vom 19. Juni 1990) Da heißt es, aus Sicht der Atomgemeinde, möglichst viele vollendete Tatsachen schaffen.

3. Sicherlich befürchten die Nuklearmanager auch, daß auch in Bonn nicht alles so bleibt, wie es ist. Möglicherweise treten ja Verhältnisse ein, wo La Hague oder Sellafield nicht mehr als "Entsorgungsnachweis" erhalten können. Und da ist ein halbleeres Kompaktlager allemal besser als ein gut gefülltes. Das reicht dann noch für ein paar Jahre mehr.

Die Gefahren, die von den Atomtransporten ausgehen, können nur vermieden werden, wenn solche Transporte nicht stattfinden. Der VAU fordert daher, daß die abgebrannten Brennelemente in den Atomreaktoren verbleiben. Da dann innerhalb weniger Jahre kein "Entsorgungsnachweis" mehr geführt werden kann, müssen die AKW stillgelegt werden. Das wäre auch aus vielen anderen Gründen das Beste.



Tschernobyl 1990 ...und doch: Hilfe tut not!

Vor mehr als 4 Jahren brannte einer der Reaktoren im Atomkraftwerk Tschernobyl durch. Vor wenigen Wochen erklärte die sowjetische Regierung Belorußland (= Weißrußland) zum ökologischen Notstandsgebiet - das erste offizielle Eingeständnis

der noch längst nicht übersehbaren Folgen der Katastrophe.

70 % des Fallouts gingen über Belorußland nieder. 2,9 Millionen Menschen sind davon betroffen. Bis zu 400 km westlich von

Tschernobyl ist der Quadratmeter Boden mit bis zu 3 Millionen Becquerel Cäsium 137 belastet.

Die in diesen landwirtschaftlich strukturierten Gebieten produzierten Nah-

Fortsetzung auf S.4

Fortsetzung von S.3

ungsmittel sind radioaktiv verseucht und werden nur unzureichend oder überhaupt nicht mit "sauberen" Lebensmitteln vermischt.

Die Ganzkörperbelastung eines Drittels der Menschen beträgt bis zu 74000 Becquerel Cäsium 137, 10 % der Männer, Frauen und Kinder sind mehrfach höher belastet.

Die Krankheitshäufigkeit ist drastisch angestiegen: Als Folge der Schwächung des Immunsystems häufen sich vegetative Störungen ebenso wie Virusinfektionen, Hals- und Lungenentzündungen, Augenkrankheiten, Haarausfall, Schilddrüsenerkrankungen und Anämie. Ebenso nimmt die Verbreitung von Tuberkulose und Leukämie zu. Die Zahl der mißgebildet und/oder tot geborenen Kinder ist drastisch gestiegen.

Demgegenüber sind die Maßnahmen, die der sowjetische Staat bislang ergriffen oder zumindest angekündigt hat, noch nicht einmal halbherzig zu nennen - eher muten sie wie der blanke Hohn an:

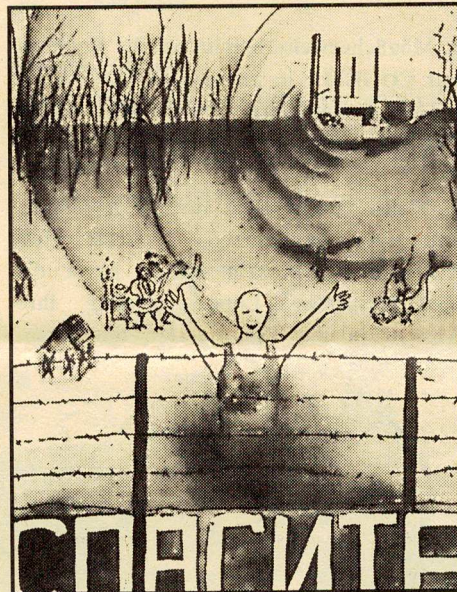
- Infolge des zunehmenden öffentlichen Drucks existieren zwar seit dem letzten Jahr, seit der Gründung des Komitees "Die Kinder von Tschernobyl", staatliche Umsiedlungspläne: 118000 Menschen (1989 war nur von 10000 die Rede) sollen umgesiedelt werden. Die Umsiedlungen sind aber bisher - wenn überhaupt - nur schleppend angelaufen. Bisher sind knapp 3000 Familien umgesiedelt worden, und zwar nur innerhalb Belorußlands, also von einem verseuchten Gebiet in ein anderes! Nicht genug damit, versucht man auch, mittels verschiedener Vergünstigungen die Menschen zum Bleiben zu bewegen bzw. andere neu anzusiedeln! Der Grund ist die bedeutende Wirtschaftskraft der verstrahlten Regionen, auf die man nicht verzichten will. Ein schrecklicher Beleg dafür sind die Plandaten einer Sowchose im Gebiet von Chonike, die an das abgesperrte Gebiet um den Reaktor grenzt: Das offizielle Plansoll für Fleisch und Milch ist selbst hier erhöht worden - 1989 sollten dort 60 % mehr Milch produziert werden als im Vorjahr...

- Bislang haben 750000 Menschen, eine "Entschädigung" von 15 bzw. 30 Rubel monatlich dafür erhalten, daß sie in stark verstrahlten Gebieten leben. In Belorußland nennt man das "Sarggeld".

Auch hier hat der wachsende öffentliche Druck zu einer Veränderung des Zahlenansatzes geführt: In Zukunft sollen 1,8 Millionen Menschen eine Entschädigung erhalten.

- Den Löwenanteil der Spenden, die z.B. am diesjährigen Tschernobyl-Jahrestag im Rahmen einer 24-Stunden-Sondersendung des sowjetischen Fernsehens, aber auch direkt nach der Katastrophe für die Opfer gesammelt wurden, kassierte das Energieministerium, die Institution, die für die Katastrophe verantwortlich ist.

- Der herrschende Sprachgebrauch ist weiterhin darauf ausgerichtet, die Folgen der Katastrophe zu verharmlosen. So haben die Menschen in den mehr als 4 Jahren seit der Katastrophe nicht nur keine wirksame Hilfe erhalten, sondern machen seitdem die Erfahrung, daß die tödlichen Gefahren, unter denen sie leben, verharmlost und ihre psychischen und physischen Leiden nicht ernstgenommen werden. Man nennt die verseuchten, vergifteten Dörfer "schmutzig", so



als ob man sie sauber waschen könne, die Kinder, denen man (noch) keine Schädigungen anmerkt, heißen "gesunde Kinder". Bei den auftretenden körperlichen Beschwerden und Schädigungen spricht man von "unspezifischen Erkrankungen", weil sie nicht in das bislang bekannte Bild der Strahlenkrankheit eingeordnet werden können. Die psychischen Reaktionen, Ängste, Depressionen, Selbstmorde, werden als "Radiophobie", d.h. als eine starke irrationale Furcht vor Strahlung, also als krankhaft abgetan.

So nimmt es nicht wunder, daß von den Menschen in Belorußland berichtet wird, sie seien "apathisch" geworden, lebten "wie in Hypnose".

Es liegt auf der Hand, daß es keineswegs im Sinne und erst recht nicht das Ergebnis staatlicher Politik ist, daß das jahrelange Schweigen über die Katastrophe, das Tabu

über dem Leiden der Menschen in Belorußland in den vergangenen Monaten mehr und mehr durchbrochen worden ist.

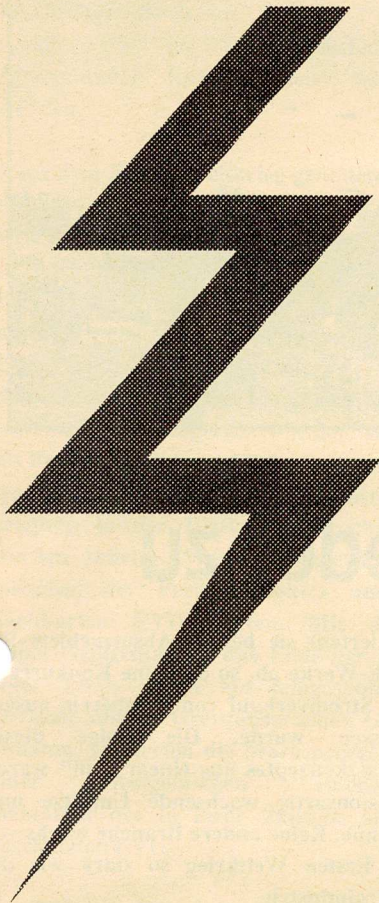
Das ist vor allem dem Mut und der Beharrlichkeit einzelner Menschen zu verdanken, Eltern, Ärzten und Ärztinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Journalisten und Journalistinnen, die sich - ähnlich wie in der Ukraine - auch in Belorußland zu Initiativen zusammengeschlossen haben, um selbst für ihre Interessen einzutreten. Dabei geht es ihnen vorrangig um eine rückhaltlose Bestandsaufnahme der Folgen, um eine zügige Planung und Durchführung der notwendigen Hilfsmaßnahmen und um Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Eine herausragende Rolle kommt dabei dem regierungsunabhängigen Komitee "Die Kinder von Tschernobyl" zu, das Anfang 1989 von der "Belorussischen Volksfront" gegründet wurde; zu den Gründungsmitgliedern gehört das Ehepaar Gruschewoj, Dozent bzw. Dozentin für Deutsch an der Universität von Minsk.

Bis heute hat der sowjetische Staat auf diese Bestrebungen mit massiver Unterdrückung geantwortet: So gilt das Bürgerkomitee "Die Kinder von Tschernobyl" nach wie vor als illegal, obwohl der Vorsitzende, Gennadij Gruschewoj, am 4.3.1990 in den Obersten Sowjet von Belorußland gewählt wurde.

Als Strafe dafür, daß er maßgeblich an der Organisation einer Demonstration für die Umsiedlung der Menschen aus den verseuchten Gebieten beteiligt war, verurteilte ihn ein Gericht zur Zahlung eines Monatsgehalts. Viele der 30000 Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihrer Unterschrift für diese Demonstration ausgesprochen hatten, wurden durch Schikanen am Arbeitsplatz und Vorladungen unter Druck gesetzt, um so von einer Teilnahme an der Demonstration abgehalten zu werden - trotzdem kamen 40000!

Auch versuchten staatliche Stellen, die Teilnahme des Komitees an der deutsch-deutsch-sowjetischen Tagung "Leben nach Tschernobyl", die im Juni in Berlin stattfand (VAU-INFO Nr.16), zu verhindern. Als sich das als unmöglich erwies, gründete man staatlicherseits eilends ein neues, halbstaatliches Komitee, nannte es ebenfalls "Die Kinder von Tschernobyl" und schickte es mit nach Berlin.

Was wir gerne hätten: **Geld wie Heu!**



Sie erinnern sich doch: Am 21. April 1990 zerstörte ein Blitzschlag unsere Meßanlage in Grohnde. Das war für uns ein doppelter Schlag: zum einen wurde auch die automatische Wetterstation zerstört, und zum anderen kam natürlich die bange Frage auf "wie finanzieren wir eine neue, komplette Meßstation?"

Zunächst haben wir Sie, liebe Freunde und Freundinnen des VAU, von diesem Unglück mit einem "SOS-Aufruf" informiert und um Spenden gebeten.

Heute, nachdem uns die STADT HAMELN die Spenden für das II. + III. Quartal 1990 überwiesen hat und die anderen Spendeneingänge auf unserem Vereinskonto verbucht waren, sind wir fast aus dem Häuschen geraten: Seit unserem Spendenauf Ruf sind von Ihnen Spenden in Höhe von DM 4.134,02 (in Worten: Viertausendeinhundertvierunddreißig Mark und zwei Pfennige) eingegangen. Ganz besonders haben wir uns über eine Spende aus der DDR gefreut.

Ehrlich gesagt, haben wir nicht mit dieser immensen Summe gerechnet. Bedeutet doch dieser Spendenbetrag auch, daß es

viele Menschen gibt, die die bisherige Arbeit des VAU zu schätzen und zu honorieren wissen. Diese Hilfsbereitschaft hat uns also fast umgehauen.

Weiterhin bedeutet diese Spendensumme, daß das Vorjahresergebnis 1989 nun bereits um DM 97,35 oder 1,99 % übertroffen wurde.

Aber das ist noch nicht alles: Nach äußerst zähen Verhandlungen um Kleingedrucktes im Versicherungsvertrag kommen noch einmal ca. DM 4.000 an Versicherungsleistungen dazu.

Auch Teile unserer Mitglieder, die bisher nicht immer pünktlich ihren satzungsgemäßen Beitrag gezahlt hatten, haben sich aufgerafft und gezahlt. Ergebnis: Bisher sind DM 2.790 an Beiträgen entrichtet worden. Auch hier wurde bereits das Vorjahresergebnis übertroffen - um DM 850 oder 40,09 % !!

Wir sind dadurch in der Lage, nun die Bestellung für eine neue, komplette Meßstation auf den Weg zu schicken.

Deshalb sagt der VAU allen SpenderInnen und Mitgliedern: "Danke!" ●

Atomkraft gegen CO₂

Angesichts der beängstigenden Klimaveränderungen versucht die Atomlobby seit einiger Zeit, ihr durch Katastrophen, Stürme und Atommüllskandale angeschlagenes Bild in der Öffentlichkeit durch teure Werbekampagnen zu korrigieren. Wir sollen glauben, daß Atomstrom die einzige Alternative zur Lösung der weltweiten, durch den Anstieg des Kohlendioxids in der Atmosphäre bedingten Klimakrise ist und sollen die lebensgefährliche Bedrohung vergessen, die von AKW und den ungeklärten Atommüllproblemen ausgeht.

Klimaforscher haben errechnet, daß die Weltmitteltemperatur im Jahr 2035 um etwa 1,7 Grad Celsius über dem Wert von 1985 liegen wird. (Dabei geht man davon aus, daß die FCKW-Produktion wie versprochen gesenkt wird.) Die von Menschen verursachte globale Erwärmung wird zur Störung und Zerstörung von Ökosystemen führen und, zeitlich verzögert, zu einem Ansteigen der Weltmeeresspiegel mit bisher unübersehbaren Folgen. Klimaforscher

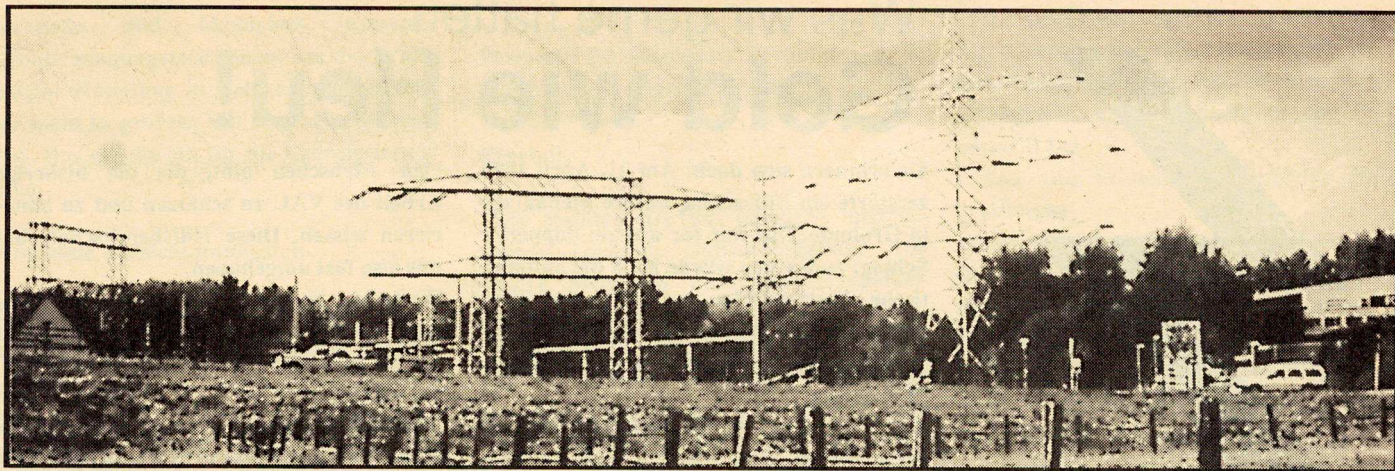
rechnen mit 6 Zentimetern pro Jahrzehnt. Der Ernst der Lage wird wegen der Trägheit der Ozeane nicht gesehen, den die Verzögerungszeit bei der Erwärmung der Meere liegt bei 25 bis 30 Jahren. Um zu vermeiden, daß sich die CO₂-Konzentration verdoppelt, müßte der Verbrauch aller fossilen Brennstoffe bis zum Jahre 2050 um 80 Prozent des heutigen Verbrauchs verringert werden.

Auch die Atomindustrie trägt zur CO₂-Belastung der Luft und damit zum Treibhauseffekt bei, denn zur Bereitstellung von Atomstrom gehört nicht nur die tatsächliche Stromerzeugung im Kraftwerk. Beim Abbau des Uranerzes, bei der Anreicherung des Urans, bei der Fertigung der Brennelemente, bei der Wiederaufbereitung und der Endlagerung, beim Bau von Anlagen und beim Transport werden große Energiemengen benötigt, die größtenteils aus fossilen Energieträgern stammen, also hohe Mengen CO₂ freisetzen, das wesentlich verantwortlich ist für die Erwärmung der Erde.

Wo fossile Brennstoffe verwendet werden, entsteht zudem Stickstoffdioxid, das zusammen mit dem UV-Anteil des Sonnenlichts für die Entstehung des aggressiven Ozons und damit des Sommer-Smogs verantwortlich ist. Es ist erwiesen, daß der dreiatomige Sauerstoff (= Ozon) nicht nur den Menschen, sondern auch den Bäumen schadet.

Die Behauptung der Atomlobby, daß durch AKW CO₂-emittierende fossile Energieträger ersetzt werden könnten, stimmt also nicht. Ein Ausbau der Atomwirtschaft hätte auch einen erhöhten Verbrauch fossiler Brennstoffe zur Folge, ganz zu schweigen von den zusätzlichen unübersehbaren Risiken, die, wenn bei gesteigerten Uranbedarf die Vorräte bald erschöpft sind, der Einstieg in die Brütertechnologie mit sich brächte. Nur eine Änderung der derzeitigen Energiepolitik kann uns deshalb bei der Bewältigung der Klimakrise helfen:

- Stop der Verschwendung
- Energieeinsparung durch bessere Nutzung vorhandener Energiequellen
- Förderung und Ausbau umweltverträglicher Techniken und erneuerbarer Energiequellen! ●



Thema Wiedervereinigung:

Stromgiganten schlagen wieder zu

RWE, PreußenElektra und Bayernwerk greifen nach der DDR-Stromwirtschaft", so und ähnlich lauteten die Überschriften der Tagespresse zur geplanten Übernahme der maroden Elektrizitätsversorgung der DDR. Mit der Aufteilung des Strommarktes auf drei Großunternehmen setzt sich in der DDR eine Tendenz fort, die seit dem Start der öffentlichen Stromversorgung vor über hundert Jahren begonnen hat: Monopolisierung. Großunternehmen in Monopolstellungen bescherten und bescheren den Aktionären gewaltige Gewinne, haben aber auch große Probleme verursacht: Eine in zwei Weltkriegen auf Kriegsführung ausgerichtete Energiewirtschaft mit Hochspannungstrassen quer durchs Land, riesige Überkapazitäten in der Stromerzeugung, die Atomkraft, die Zurückdrängung der industriellen Eigenversorgung und nicht zuletzt steigende Strompreise.

Die Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung erzielten 1988 mit 164.131 Beschäftigten einen Gesamtumsatz aus der Stromabgabe an Letztverbraucher und an Stromverteilungsunternehmen von 96,4 Milliarden D-Mark. Der Durchschnittserlös pro Kilowattstunde lag 1988 bei 18,55 Pfennig.

Von den 11 Großunternehmen in Sachen Strom hatten VEBA, RWE und VEW allein 70,96 Milliarden D-Mark-Anteil am Gesamtumsatz. Diese Zahlen verdeutlichen den Konzentrationsgrad in der Elektrizitätswirtschaft. Die Gründe für diesen Konzentrationsprozeß liegen rund hundert Jahre zurück.

Um die Expansionsbestrebungen der drei Giganten-Energieversorgungsunternehmen

(EVU) in der DDR besser beurteilen zu können, ist ein kleiner Exkurs durch die deutsche "Stromgeschichte" durchaus hilfreich:

"Schrakenlose Gewerbefreiheit"

Die wirtschaftspolitische Situation des Kaiserreiches war geprägt durch eine liberale Wirtschaftsordnung mit dem Recht zur Unternehmenskonzentration und Kartellbildung. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die Stromwirtschaft keinen besonderen gesetzlichen Regelungen unterworfen.

Nachdem 1882 in Stuttgart und 1884 in Berlin die ersten öffentlichen Elektrizitätswerke gegründet wurden, schritt der Prozeß der Elektrifizierung zügig voran. Die 1887 als Nachfolgerin der Deutschen Edison-Gesellschaft gegründete "Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft" (AEG) und Siemens hatten aufgrund verschiedener, kartell-ähnlicher Vereinbarungen als Kraftwerksbauer, Betreiber von E-Werken und als Hersteller von Elektro-Hausgeräten (Glühlampen) 1903/04 rund 75 Prozent des deutschen Strom-Marktes unter ihrer Kontrolle. Das Prinzip, das AEG und Siemens verfolgten, war simpel und genial zugleich: Die Strommanager warben für eine neue und saubere Art, die Wohnungen zu beleuchten oder Maschinen anzutreiben. Sie verkauften die Glühlampen und Elektromotoren an die Stromabnehmer und lieferten gleichzeitig die Kraftwerksanlagen an Elektrizitätswerke, die von ihnen selbst betrieben wurden. Die Preise und Absatzgebiete für Glühlampen wurden in einem weltweiten Kartell aller Glühlampenhersteller festgelegt, ebenso bei Stromkabeln. Außerdem steckten (de-

markierten) sie bereits Absatzgebiete für ihre E-Werke ab, so daß eine Konkurrenz beim Stromverkauf von vornherein ausgeschlossen wurde. Die Folge dieses "Absatzkonzeptes aus einem Guß" waren explosionsartig wachsende Umsätze und Gewinne. Keine andere Branche wuchs vor dem Ersten Weltkrieg so stark wie die Elektroindustrie.

Die Zahl der meist kommunalen Energieversorgungsunternehmen (EVU) stieg von 939 im Jahre 1903 auf 4040 im Jahre 1913. Nach dem Ersten Weltkrieg (1924) sank diese Zahl aufgrund des einsetzenden Konzentrationsprozesses wieder auf 2699 ab.

Die sich aufgrund der Kapitalkraft bildenden "Großkraftwerke" sicherten sich das Versorgungs- und Stromtransportmonopol in einer steigenden Zahl von Gemeinden. Der Einbruch in die kommunale Eigenversorgung gelang Privatunternehmen wie die von Hugo Stinnes gegründete RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft), indem die Aufsichtsratsmehrheit kommunaler "Honorationen" mit Tantiemen, wie z.B. Autos oder anderen "kleinen Aufmerksamkeiten", "erkämpft" wurde.

Mit Hilfe von Konzessionsverträgen sicherte sich die RWE die exklusive Stromversorgung sowie das Wegerecht für die Verlegung von Leitungen. Dafür flossen und fließen Konzessionsabgaben und Dividenden auf Kapitalbeteiligungen zurück in die Kommunen. Diese Expansion "war privatwirtschaftlich von großem Nutzen, volkswirtschaftlich aber mit enormen Verlusten verbunden".

(Zitat: Günter Karweina)

Die Expansionen verschiedener EVU führte schließlich zu gewissen "Reibereien", die im 1908 geschlossenen "Dortmunder Elektrofrieden" beigelegt wurden.

Nach dem Ersten Weltkrieg gründeten sich die reichseigene "Vereinigte Industrieunternehmen AG" (VIAG), andere (Bundes)Staaten gründeten (1927) die PreußenElektra sowie die VEBA ("Vereinigte Elektrizitäts und Bergwerks AG"). Im "Zweiten Elektrofrieden von 1927" demarkierten die RWE und PreußenElektra eine Interessengrenze von der Nordsee bis Frankfurt, die erst 1990 mit der geplanten Beteiligung des RWE an der Stromerzeugung in der DDR durchbrochen zu werden scheint. Weitere Gebietskartelle zwischen der Preußen-Elektra und benachbarten EVU folgten. Mit diesem super-Gebietskartell, das Ende der zwanziger Jahre durch ein feingesponnenes Geflecht solcher Grenzabsprachen Gestalt annahm, erstarrten die Marktprozesse in einer selbstgefälligen Versorgungsmentalität der in ihrer Existenz absolut geschützten EVU.

Die Weimarer Republik

Die in der Weimarer Republik mit Gesetz vom 31. Dez. 1919 geforderte "Sozialbindung" des Eigentums (der EVU) wurde aber aufgrund des massiven Widerstandes der EVU niemals ausgeführt.

Mit der Gründung der "Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft" 1928, der bis 1929 die zehn größten deutschen EVU beigetreten waren, erfolgte der sogenannte "wirkliche deutsche Elektrofriede". Mit diesem Verband konnten die großen Verbund-EVU gegenüber Staat und kommunalen EVU wirkungsvoll ihre Interessen vertreten. Auf Druck der Verbund-EVU wurden zeitweilige Ansätze der Reichsregierung nach verstärkter Lenkung und Kontrolle der Stromwirtschaft abgeblockt.

Staatslenkung nach Maß ab 1935

Am 13. Dez. 1935 kam es aufgrund "staatsdirigistischer" Pläne der NS-Wirtschaftsführer und dezentralistischer Bestrebungen von Reichsinnenminister Frick sowie der "Gegenbestrebungen" der EVU zur Verkündung des "Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft" (Energiewirtschaftsgesetz). Dieses "ideale Gesetz der Elektrizitätswirtschaft" ist kaum verändert bis heute gültiges Bundesrecht. Die "Allgemeinen Bedingungen für die Versor-

gung mit elektrischer Arbeit" (AVB Elt) vom 27. Jan. 1942 bestimmen Inhalt und Umfang der Tarifabnehmerverträge - bis heute!

Die nationalsozialistischen "Wirtschaftsziele": Arbeitsbeschaffung, Wiedergesundung der Wirtschaft, Autarkie und Kriegsvorbereitung brachten für die EVU besonders ab 1939 eine zunehmende Zentralisierung. Vor allem der Flurbereinigungserlass des Innenministers vom 28. Febr. 1940 bedeutete den Tod tausender kleiner kommunaler EVU.

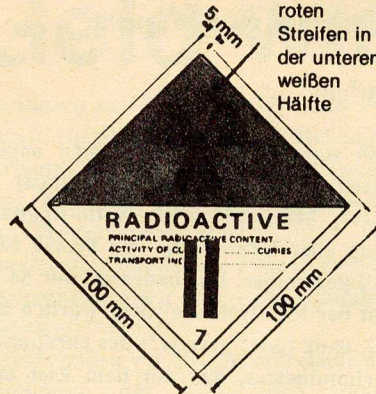
Ausbau der Verbundnetze und Zentralisierung der EVU unter staatlicher Lenkung waren zusammen mit der Einrichtung eines "Reichslastverteilers" als zentrale Stromverteilungsstelle am 3. Sept. 1939 unmittelbare Maßnahmen zur Kriegsführung. Der Reichslastverteiler existiert bis heute als "Bundeslastverteiler" weiter.

Voll auf Konzentrationskurs

Die Kraftwerke waren nach Kriegsende nur zu etwa zehn Prozent zerstört. Vorhaben der Alliierten, unter anderem auch die Stromkartelle zu zerschlagen (§ 12 des Potsdamer Abkommens), wurden von den Verbund-EVU unterlaufen und im Einklang mit den Ländern nicht durchgeführt.

In der Nachfolge der "AG für deutsche Elektrizitätswirtschaft" gründeten RWE, VEW, PreußenElektra, Badenwerk, Bayernwerk, Energieversorgung Schwaben und die Hamburgischen Electricitätswerke am 15.11.1948 die "Deutsche Verbundgesellschaft" (DVG), der ein Jahr später noch die Elektrowerke und die Berliner Kraft- und Licht AG beitraten. Die Ziele sind bis heute: Ausbau des deutschen und europäischen Verbundnetzes, insbesondere der 380-kV-Trassen, der einheitliche und koordinierte Ausbau der deutschen Groß-

Hintergrund:
obere Hälfte
gelb mit zwei
roten
Streifen in
der unteren
weißen
Hälfte



kraftwirtschaft sowie die Sicherung des Monopols für den überregionalen Stromtransport. Alle kommunalen EVU, die seit 1948 der DVG beigetreten waren, wurden 1973 aus der DVG ausgeschlossen. Die Konfrontation zwischen kommunalen und Verbund-EVU wurde nach dieser Machtdemonstration der Groß-EVU besonders deutlich. Existierten 1955 noch rund 3.000 öffentliche Energieversorgungsunternehmen (EVU), ist ihre Zahl auf rund 900 im Jahre 1988 abgesunken.

Die Mär vom natürlichen Monopol

Die deutsche Stromwirtschaft leitet aus der Tatsache, daß z. B. Investitionen in den (Strom)Leitungsbau enorm teuer sind, die Erkenntnis ab, daß es geradezu eine "Pflicht" zur Monopolisierung gäbe. Die Konkurrenz zwischen EVU führe zur Vergeudung betriebs- und volkswirtschaftlicher Mittel. Im Falle der Elektrizitätswirtschaft müsse aufgrund dieses "natürlichen Monopols" das marktwirtschaftliche Prinzip von Angebot und Nachfrage außer Kraft gesetzt und durch staatliche Aufsicht über die Monopole ersetzt werden.

Aber: Monopole haben unerfreuliche Begleiterscheinungen. Konkurrenzlos mächtig, neigen sie zu überhöhten Preisen, denen die Verbraucher hilflos ausgesetzt sind. Wirtschaftlich sinnvolle Rationalisierungen bei Stromerzeugung, -transport und -verteilung unterbleiben oder werden verzögert, da die fehlende Konkurrenz keinen Druck ausübt. Die Folge ist, daß

Fortsetzung auf S.8

Holzauge...

Kurz vor Redaktionsschluß wurden wir von einem aufmerksamen Mitbürger darauf hingewiesen, daß seinen Beobachtungen zufolge zur Zeit größere Mengen Eternit-Abfälle vom Gelände des AKW Grohnde abtransportiert und auf eine Bauschutt-Deponie oberhalb des ehemaligen "Zoo am Klüt" verbracht werden. Jede Fuhre wird dann sofort mit Erde abgedeckt.

Wir werden dieser Sache unter zwei Gesichtspunkten nachgehen:

1. Handelt es sich möglicherweise um radioaktiven Abfall?

2. Dürfen Asbest-Abfälle (und um solche handelt es sich bei Eternit) auf normalen Bauschutt-Deponien eingelagert werden?

Wir halten Sie auf dem laufenden.

Übrigens: wir sind für Hinweise dieser Art jederzeit dankbar und fordern alle Leserinnen und Leser auf, uns ihre Beobachtungen mitzuteilen.

rationelle und ökologisch sinnvolle Stromerzeugungstechniken, wie die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken bisher nicht in großem Stil eingesetzt worden sind. Das gleiche gilt für die Energieeinsparung.

Wirksame Aufsicht unmöglich

Kritiker der wirtschaftspolitischen Struktur der bundesdeutschen Stromwirtschaft wie Helmut Gröner und Erich Kaufer sind der Ansicht, daß die Verbundunternehmen, wie 1935 bei der Einführung des Energiewirtschaftsgesetzes, Inhalte und Umfang der Fach- und Mißbrauchsaufsicht wesentlich mitbestimmt haben. "Das Argument des natürlichen Monopols,..., erscheint vielfach als eine verspätete Begründung für eine Situation, die bereits aus anderen Gründen entstanden war", schreibt Erich Kaufer. Er meint hier die Gründe, die in der historischen Entwicklung der Stromwirtschaft liegen, in den "wechselseitigen Verkrustungen" (Gröner) zwischen EVU und Wirtschaftspolitik. Ebenso kritisiert die Monopolkommission: "Das geltende Recht besteht weitgehend aus dauerhaft gewordenen Provisorien, mit denen sich vielfältige wirtschaftliche und politische Besitzstände verbunden haben." Die "Besitzstände" sind in erster Linie staatlich garantierte Privilegien, die die Verbund-EVU mit "Klauen und Zähnen" verteidigen:

- Recht zum Abschluß von Gebietskartellen, seit 1980 auf zwanzig Jahre begrenzt
- faktische Bestandsgarantie der Verbund-EVU durch § 5 des Energiewirtschaftsgesetzes, die "Newcomern" schier unüberwindliche Hürden aufrichtet, und anderen Instrumentarien wie z.B. das Recht zur Preisdiskriminierung nach dem Motto: Wer mehr verbraucht, bezahlt auch weniger (je kWh).

Faktisch haben die staatlichen Regulierungen (Fach- und Mißbrauchsaufsicht) versagt. Wie könnten sie auch anders bei den vorherrschenden wechselseitigen Abhängigkeiten.

Resümee: Die Macht der Verbund-EVU ist ungebrochen, staatlich gewollt.

Ergebnis

1988 standen der am höchsten angeforderten Leistung (Jahreshöchstlast) von 58.211 Megawatt eine Netto-Engpaßleistung aller Kraftwerke von 90.895 Megawatt gegenüber. Das bedeutet, nur 64 Prozent der Kraftwerksleistung wurden benötigt, trotz (oder gerade?) des europäischen Verbundnetzes, das mit dem Ziel aufgebaut worden ist, Reservekapazitäten zu verringern. In Europa wird eine Jahreshöchstlast von 10 Prozent als Reservekapazität als ausreichend betrachtet. Die bundesdeutschen EVU hatten 1972 noch 25,1 Prozent, 1978 35,7 Prozent, 1983 37,7 Prozent und 1988 wieder 36 Prozent als "Reserve" produziert. Das bedeutet eine gewaltige Verschwendung von Geld und Material. Zusätzlich wird bis 1993 noch mit einem Zubau an Kraftwerksleistung von 4.131 MW gerechnet, der Stromverbrauch wird aber nur um ein bis zwei Prozent jährlich steigen. Dazu aus der Jahresbilanz 1989 von WESERTAL: "...Insgesamt nahmen die Wesertal-Kunden 1989 ... 1,8 Prozent mehr Strom als 1988 ab...". Das mag als Beleg dafür gelten, daß sich die Schere zwischen Kapazität und Leistungsbedarf noch weiter vergrößern wird.

Der Auslastungsgrad des kapitalintensiven 380-kV-Verbundnetzes lag 1983 bei rund 45 Prozent und sinkt in Zukunft voraussichtlich bis auf 26 Prozent ab. Andererseits liegen im Energiesparbereich riesige Potentiale ungenutzt. Es wurde nachgewiesen, daß im Bereich Raumheizung 70 Prozent, bei elektrischen Haushaltsgeräten ebenfalls 70 Prozent, bei elektrisch betriebenen Maschinen und industriellen Wärmeprozessen rund 30 Prozent eingespart werden können.

Was hätte die DDR anders machen können bzw. wie könnte die Struktur einer zukünftigen Energieversorgung dort aussehen?

- Zurückgewinnung der kommunalen Eigenversorgung, indem bestehende Konzessionsverträge gekündigt werden, so wie es Detmold 1984 erstmalig in der BRD gemacht hat

- Bau und Weiterbetrieb eigener Heizkraftwerke

- Gründung kommunaler Energiedienstleistungsunternehmen (EDU), die eine kosten- und bedarfsdeckende Politik betreiben

- Verfolgung eines nutzungsorientierten Energiekonzeptes, das von den Gemeinderäten verabschiedet wird und energiepolitische Prioritäten setzt

- die EDU sollen eine möglichst billige, sichere, ökologisch und sozial verträgliche Versorgung gewährleisten, wobei besonders die Energieeinsparung gefördert werden soll, beispielsweise in mit Bund und Ländern gemeinsam geförderten Sanierungs- und Modernisierungsprogrammen

- Beteiligung und Einflußmöglichkeit der Öffentlichkeit auf die energiepolitische Planung der EVU

- einheitliche und faire Einspeisevergütung

- Übernahme der Verteilungs- und Transportnetze in Gemeindeeigentum

- nicht gewinnorientierter Betrieb der regionalen und bundesweiten Leitungsnetze durch kommunale Zweckverbände

- Überführung jedes nicht der Gemeinde gehörenden Kraftwerks in ein gemischt-öffentliches Unternehmen, das nach dem Kostendeckungsprinzip arbeitet

- Auflösung der Deutschen Verbundgesellschaft.

Diese Möglichkeiten hat die (Noch-) DDR sich durch die Lappen gehen lassen, denn in einem Kurztitel der DWZ vom 07.09.90 heißt es: "dpa BERLIN. Die DDR-Volkskammer hat gestern grünes Licht für den zwischen der DDR-Treuhandanstalt und den drei bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen Bayernwerk AG, PreussenElektra AG und der RWE Energie AG ausgehandelten Stromvertrag gegeben. Einen Antrag von SPD und Bündnis 90/Grüne, dem Verwaltungsrat der DDR-Treuhandanstalt eine Aussetzung der Genehmigung des Stromvertrages zu empfehlen, lehnte die Volkskammermehrheit ab."

Immerhin schaffte man es so, (ausgerechnet) mit der teilweise rigorosen Unterstützung der westdeutschen Veranstalter (Männerwerk der Evangelischen Kirche in Deutschland), die offenbar um jeden Preis Auseinandersetzungen und Streit vermeiden wollten, einen großen Teil der anwesenden deutschen Initiativen, die nicht

über Insider-Kenntnisse verfügten, fast bis zum Ende der Tagung zu täuschen - auf jeden Fall aber Verwirrung zu stiften und unerwünschte Diskussionen zu behindern. Ganz besonders unerwünscht waren Beiträge, die sich mit der Aussichtslosigkeit der Situation in den verstrahlten Zonen, der unendlichen Hoffnungslosigkeit der Men-

schen dort und unserer eigenen Hilflosigkeit angesichts der atomaren Katastrophe auseinandersetzen. Unerwünscht waren auch zu deutliche Angriffe gegen die sowjetische Regierung. Direkte, "unkontrollierte" Begegnungen zwischen deutschen und sowjetischen Bürgerinitiativen waren im Programm nicht vorgesehen.

Bevorzugt wurden dagegen Beiträge von Experten, deren Botschaft "Machbarkeit" lautete. So stellte z.B. ein Kinderarzt von der Universitätsklinik Frankfurt ein Kooperationsprojekt mit einem Krankenhaus in Minsk zur Weiterbildung von medizinischem Personal und zum Aufbau einer 150-Betten-Klinik für leukämiekranken Kinder vor, ohne Zweifel ein sinnvolles, professionell durchdachtes und organisiertes Vorhaben. In dem Zusammenhang berichtete dieser Arzt auch über 3 leukämiekranken belorussische Kinder, die kurz zuvor für eine Behandlung in Frankfurt ausgewählt worden waren: Das erste Kind starb noch kurz vor dem Abflug, das zweite bald nach der Ankunft. Die von den Tagungs-Offiziellen dankbar aufgenommene Botschaft des Arztes lautete: "Mit den Mitteln der westdeutschen Medizin ist Kinderleukämie zu 85 % heilbar." Die Frage aber, welche Hilfe wir, deutsche und russische Menschen, Eltern, Familien, uns denn angesichts des unabänderlichen frühen Strahlentodes Tausender von Kindern geben können, blieb tabu.

Immerhin wurde es auf Druck der Vertre-

terinnen einiger westdeutscher Gruppen gegen Ende der Tagung noch möglich, daß Irina Gruschewaja einige Projekte des unabhängigen Komitees "Die Kinder von Tschernobyl" vorstellen konnte, für die die Gruppe dringend Unterstützung braucht:

- * Erholungsfreizeiten für Kinder und Jugendliche aus den verseuchten Gebieten
- * Aufbau von selbstverwalteten Betrieben, die unverseuchte Kindernahrung herstellen
- * Aufbau kleiner selbstverwalteter Ziegeleien in gering oder unverseuchten Gebieten als Grundlage für Umsiedlungen in eigener Regie
- * Anschaffung von Meßgeräten als Voraussetzung für unabhängige Radioaktivitätsmessungen

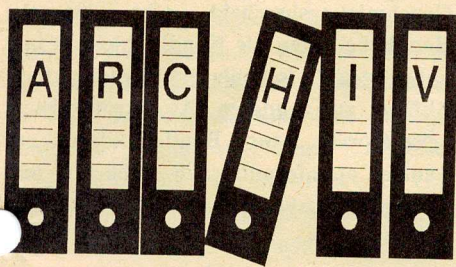
Wir vom VAU haben erstmals nach der Sommerpause ausführlich über unsere Bereitschaft und Möglichkeiten zur Unter-

stützung für das Komitee "Die Kinder von Tschernobyl" diskutiert. Aus unseren eigenen Erfahrungen heraus möchten wir das Geld für ein (oder...?) Meßgerät(e) sammeln, finden aber auch das Ziegelei-Projekt sehr gut. Zur Zeit sind wir dabei, noch genauere Informationen über diese Vorhaben einzuholen. Wir werden uns damit dann erneut an unsere Leserinnen und Leser wenden.

An die Vorbereitung und Durchführung einer Kinder-Erholung trauen wir uns allein nicht heran. Sobald wir die diesjährigen Atomtransporte aus "unserem" AKW Grohnde überstanden haben, wollen wir daher interessierte Menschen, Gruppen und Institutionen zu einem Treffen einladen, um Möglichkeiten zur Realisierung eines solchen Vorhabens zu sprechen.

"Daß Ihr uns nicht vergessen habt, daß Ihr an unserem Leiden Anteil nehmt, gibt mir neuen Mut! Daß Ihr uns helfen wollt, gibt mir die Kraft weiterzumachen. Wir müssen unsere Kinder anstiften zum Leben." (Irina Gruschewaja)

Böse Überraschung Radioaktive Energiesparlampen



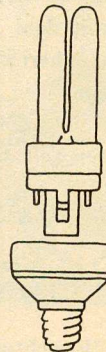
Der VAU hat in seiner mittlerweile 6 Jahre währenden Vereinsgeschichte ein umfangreiches Archiv mit Material über Atomenergie und natürlich insbesondere über das AKW Grohnde zusammengetragen.

Uns fehlen allerdings noch eine Reihe von wichtigen älteren Dokumenten. Vor allem sind wir auf der Suche nach einzelnen Teilerrichtungs-genehmigungen (TEG) und dazugehörigen Sicherheitsberichten für den Grohnder Reaktor. Konkret: Uns fehlen die zweite, die vierte, die fünfte sowie die sechste TEG. Außerdem suchen wir das Protokoll des Anhörungsverfahrens zum Kompaktlager.

Deshalb unsere dringende Bitte an alle, die noch Unterlagen dieser Art besitzen: Bitte prüfen Sie nach, ob Sie uns helfen können und stellen Sie uns die Papiere zum Fotokopieren zur Verfügung. Schon im voraus ein herzliches Dankeschön!

Rechtzeitig zum Beginn der dunklen Jahreszeit untersuchte kürzlich Dr. Eckhard Krüger vom Umweltinstitut München das Innenleben von modernen Energiesparlampen und stieß dabei auf eine böse Überraschung: Damit die Energiesparlampen beim Einschalten nicht so flackern wie die herkömmlichen Leucht-

Energiesparlampe
15 W



stoffröhren, sind sie entweder mit einer elektronischen Schaltung oder einem Zünder ausgestattet. Diese Zünder aber sind ein Übel, denn sie sind mit radioaktivem Material, je nach Version mit Krypton 85 oder Tritium, ausgestattet!

Krüger ermittelte bei seinen Untersuchungen pro Lampe eine Aktivität von ca.

200 Becquerel Krypton 85 bzw. ca. 300 Becquerel Tritium; hinzu kommt die natürliche Radioaktivität aus dem Kalium 40 des Glasmantels der Lampen mit 2,3 Becquerel.

Im Klartext: Wer neben einer mit Krypton 85 befüllten Energiesparlampe sitzt, ist - unabhängig davon, ob sie eingeschaltet ist oder nicht, zusätzlicher, wenn auch ziemlich geringer, radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das in einem Teil der Lampen eingesetzte Tritium führt zu keiner äußeren Strahlenbelastung während des Betriebs. Das dicke Ende kommt aber bei allen Versionen, wenn sie nach 8 - 10 Jahren auf dem Müll landen. Insgesamt werden so mit 20 - 50 Millionen produzierten Lampen ca 10 Milliarden Becquerel zusätzlich an künstlicher Radioaktivität in die Umwelt entlassen.

Einkaufstip: Elektronisch geschaltete Energiesparlampen erkennt man daran, daß die Typenbezeichnung auf "EL" endet, z.B. Dulux-EL oder PLC-electronic. Informationsmaterial gibt's beim VAU.



Heimlich, still und leise (Teil 2)

Nuklear-Park Grohnde?!

Paragraph 4, Absatz 2 der "Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes (Atomrechtliche Verfahrensordnung)" legt fest:

"...Eine zusätzliche Bekanntmachung und Auslegung (§ 6) ist erforderlich bei

...

2. Änderung der Konzeption einer Anlage..."

Und Paragraph 6 bestimmt, wie diese sog. "erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung" auszusehen hat:

"Während einer Frist von zwei Monaten sind bei der Genehmigungsbehörde und einer geeigneten Stelle in der Nähe des Standorts des Vorhabens zur Einsicht während der Dienststunden auszulegen

1. der Antrag,
2. der Sicherheitsbericht..."

Was kann man als Betreiber einer Atomanlage angesichts dieser klaren gesetzlichen Bestimmungen aber dann noch machen, wenn man angesichts des immer enger werdenden Handlungsspielraumes durch wachsende Ablehnung des Atomprogrammes in der Bevölkerung einerseits und rot-grüne Mehrheiten andererseits trotzdem seinem AKW durch wesentliche Änderungen seines Betriebes neue Seiten abgewinnen will, allerdings um Himmels Willen ohne großes Aufsehen. sprich: öffentliches Anhörungsverfahren?

Ganz einfach: man versucht es mit der altbekannten und bewährten Salami-Taktik. Scheibchen für Scheibchen versucht man sich so unauffällig wie möglich abzuschneiden, ehe es auffällt, daß die ganze Wurst schon so gut wie verschwunden ist.

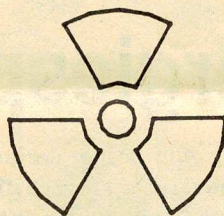
So ähnlich müssen die Gedanken der Grohnde-Herren wohl gewesen sein, als sie sich überlegt haben, wie sie ihrem strahlenden Koloß trotz nicht gerade rosiger

Aussichten eine goldene Zukunft sichern können. Wenn es wegen des permanenten Überangebotes an elektrischer Energie mit der Produktion von Atomstrom (alleine) nicht mehr so recht laufen sollte, dann sucht man sich halt neue Betätigungsfelder. Und was liegt da näher als nukleare Dienstleistungen im weiteren Sinne ?

Unter diesem Gesichtspunkt bekommen die von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkten zusätzlichen Genehmigungen aus Februar und Juni dieses Jahres eine ganz neue Qualität.

Zur Erinnerung:

Mit Bescheid vom 14.2.1990 genehmigte die damalige Landesregierung der Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH (KWG) unter anderem:



"Die Bearbeitung von geringfügig kontaminierten Teilen und Komponenten, die nicht zum Kernkraftwerk Grohnde gehören und nicht in einem funktionalen Zusammenhang mit dem Betrieb stehen, im Kontrollbereich sowie den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen, die sich durch Kontamination an diesen Teilen befinden können..."

Und mit Genehmigungsbescheid 2/1990 vom 19. Juni 1990 wurde der KWG folgendes erlaubt:

"Errichtung eines Konditionierungsanlagenbaus ... zum Zwecke einer kraftwerksinternen Abfallbehandlung und zur vorübergehenden Aufbewahrung radioaktiver Teile und den Betrieb des Gebäudes in dem in den

Antragsunterlagen beschriebenen Umfang, wie

- das Sortieren und Konditionieren ... von radioaktiven Betriebsabfällen,
- die Zwischenlagerung derartiger Abfälle,

...

- den Umgang mit aktivierten oder kontaminierten Teilen."

(Hervorhebungen vom VAU)

Am zuletzt zitierten Genehmigungsbescheid ist das Interessanteste eigentlich das, was nicht darin steht. Im gesamten Bescheid (der dem VAU vollständig vorliegt) wird an keiner Stelle festgelegt, daß diese radioaktiven Abfälle, mit denen auf dem Kraftwerksgelände hantiert werden soll, ausschließlich Atommüll aus Grohnde sein darf! Zwar versicherte der stellvertretende Grohnder Werksleiter, Peter Kahlstatt, in der DWZ: "In Grohnde werden nur eigene Abfälle konditioniert." Das ist aber im besten Fall nicht mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung. Der Genehmigungsbescheid gibt keinerlei Handhabe gegen die Konditionierung und unbefristete Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aus anderen Atomkraftwerken, beispielsweise aus Bundesländern mit weniger atomfreundlichen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden als bis vor kurzem in Hannover.

Warum wird das nun alles ausgerechnet in Grohnde durchgezogen? Einen Grund haben wir schon benannt: die niedersächsische Landesregierung unter Ernst Albrecht.

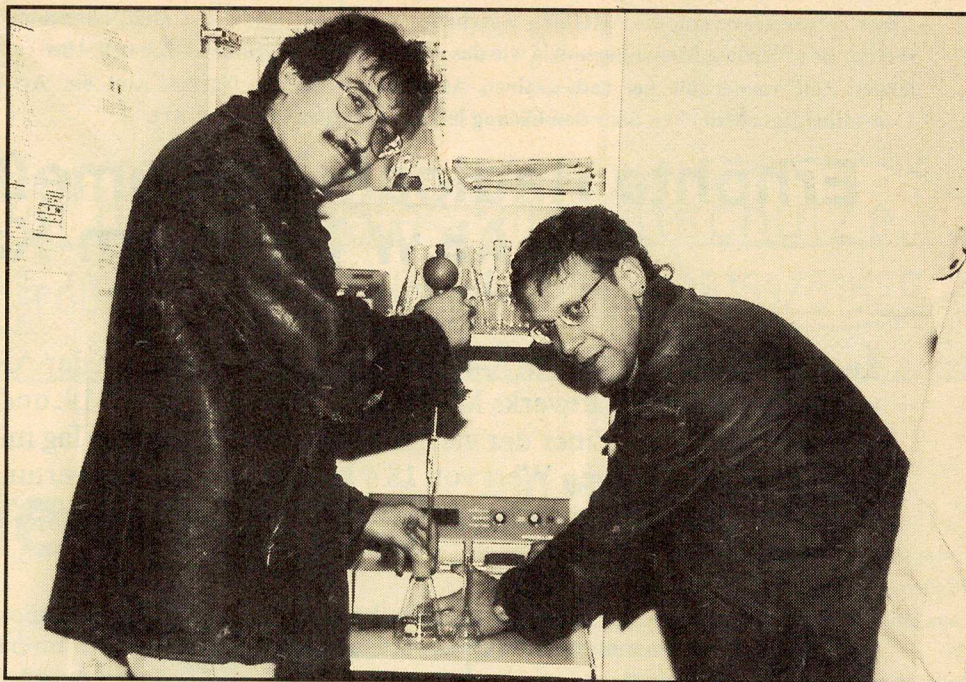
Der zweite Grund liegt sicherlich in der Tatsache begründet, daß sich das AKW Grohnde bisher im wesentlichen durch geringes Aufsehen ausgezeichnet hat. Nicht, das nicht auch Grohnde seine Pannen und Skandale gehabt hätte (wir erinnern an den möglichen GAU beim Ausfall von 4 Notkühlpumpen im März 1985 sowie an die Verwicklung von KWG-Beschäftigten in die Transnuklear - Bestechungsaffäre); die Grohnde-Betreiber haben es aber bislang recht gut geschafft,

das Image des sauberen, sicheren Atom-Giganten (mehrfacher Stromproduktions-Weltmeister!) aufrechtzuerhalten.

Nun muß man nur noch durch die geschilderte Salami-Taktik erreichen, daß es niemand merkt, und schon ist der an die Wand gemalte Teufel vom Nuklear-Center Grohnde knallharte Wirklichkeit.

Übrigens: in der Genehmigung des Kompaktlagers von 1981 (= nachträgliche Erhöhung der Aufnahmekapazität des Lagerbeckens für abgebrannte Brennelemente auf das 3-fache) steht unseres Wissens auch kein Wort darüber, daß ausschließlich Brennelemente aus dem Grohnder Reaktor dort eingelagert werden dürfen! Und Lagerplätze für abgebrannte Brennelemente sind in absehbarer Zeit möglicherweise ihr Gewicht in Gold wert.

Wir gehen strahlenden Zeiten entgegen. ●



Mitglieder unserer Wassergruppe bei der Arbeit

VAU - Wassergruppe

Was wir wissen wollen

Es geht weiter, sowohl die Belastung des Grundwassers mit Nitrat und anderen Stoffen, als auch die Arbeit der VAU-Wassergruppe. Die Probleme bei der Trinkwassergewinnung nehmen immer weiter zu, weil zum einen der Schadstoffeintrag durch Industrie, Verkehr, Haushaltungen und Landwirtschaft weiter steigt und zum anderen die Grenzwerte gesenkt wurden. Um auch in Zukunft sauberes Wasser aus der Leitung zu bekommen, bedarf es großer Anstrengungen, diese Schadstoffe wieder aus dem Trinkwasser herauszubekommen. Wichtiger jedoch ist es, dafür Sorge zu tragen, daß diese Stoffe erst gar nicht ins Grundwasser gelangen. Dafür bedarf es eines umfassenden Sanierungskonzeptes. Ein solches Sanierungskonzept kann jedoch nicht im 'luftleeren Raum' entstehen, sondern benötigt Zahlen, Daten und tiefgehende Informationen über den Istzustand. Darum will die VAU-Wassergruppe, wie bereits im letzten Info angekündigt, eine Nitratuntersuchung flächendeckend für den Landkreis Hameln / Pyrmont durchführen. Wir hoffen dabei auf eine gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden bei der Durchführung. Eine solche flächendeckende Untersuchung ist bislang noch nicht durchgeführt worden und ist wichtige Grundlage für ein sinnvolles Sanierungskonzept.

Dafür hat die Wassergruppe des VAU nun einen Fragebogen zum Thema Trinkwasser erarbeitet, den die 8 Städte und Gemeinden Hameln, Bad Pyrmont, Bad Münder, Hess. Oldendorf, Aerzen, Coppenbrügge, Emmerthal und Salzhemmendorf des Landkreises Hameln/Pyrmont erhalten sollen.

Hierin wird um Informationen und Zahlen aus verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung gebeten. Diese Informationen sollen uns die Planung und Durchführung der Probennahme für die Nitrat-Messungen im Landkreis erleichtern. Darin werden Fragen über die Bereiche Brunnen, Schutzzonen, versorgte Haushaltungen, Trinkwasserqualität und besondere Probleme bei der Trinkwasserversorgung gestellt. Außerdem bitten wir darin auch, uns adäquates Kartenmaterial zur Verfügung zu stellen. Hier nun ein Überblick über die Fragen, die uns unter den Nägeln brennen:

1. Brunnen:

- Anzahl der Brunnen
- Tiefe der Brunnen
- Förderleistung
- Alter der Brunnen
- Ortschaften ganz oder teilweise ohne kommunale Trinkwasserversorgung

2. Schutzzonen:

- Größe des Fassungsgebietes
- Größe der engeren Schutzzone
- Größe der weiteren Schutzzonen
- Angaben zur landwirtschaftlichen Nutzung innerhalb der Schutzzonen

3. Versorgte Haushaltungen:

- Anzahl der versorgten Haushaltungen insgesamt
- Welche Ortsteile werden mit dem aus den oben genannten Brunnen geförderten Wasser versorgt?
- Welche anderen Gemeinden werden mit diesem Wasser außerdem versorgt?
- Woher bezieht die Gemeinde ihr Wasser, sofern keine eigene Versorgung vorhanden?

4. Trinkwasser-Qualität

- Datum und Ergebnis der letzten beiden Untersuchungen des Trinkwassers auf Schadstoffe
 - pH-Wert
 - Nitrat
 - Nitrit
 - Metalle: Arsen
 - Blei
 - Cadmium
 - Aluminium
 - Pflanzenschutzmittel und PCB, PCT
 - Polycyclische Chlorverbindungen
 - Organische Chlorverbindungen ●

Unser Schwesterverein, die ARGUS (= Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz) aus Koblenz, überwacht seit nunmehr rund 5 Jahren mit den gleichen Meßanlagen wie das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich. Unsere Koblenzer Freunde haben "ihr" AKW in letzter Zeit wiederholt bei radioaktiven Abgaben "ertappt". Nachstehend ein Artikel aus den "Umweltnachrichten" des Umweltinstituts München über den bislang letzten Zwischenfall dieser Art.

Erhöhte Radioaktivitätsmeßwerte durch das AKW Mülheim-Kärlich

In der Meßstation GAMMA-4TORN, einer der Stationen der ARGUS e.V. Koblenz zur Überwachung des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich, wurde am 19. und 20. März 1990 erhöhte Radioaktivität gemessen. Einer der viertelstündlichen Meßwerte lag mit 34.1 Nanogray um 86% über dem durchschnittlichen Wert von 18.4 Nanogray. Die Auswertung der Radioaktivitätsmeßwerte der Umgebungsüberwachungsmeßstellen wird vom UMWELTINSTITUT MÜNCHEN e.V. wissenschaftlich betreut.

Eine nicht-natürliche Ursache für die Erhöhung der Radioaktivität im genannten Zeitraum ist aus folgenden Gründen anzunehmen:

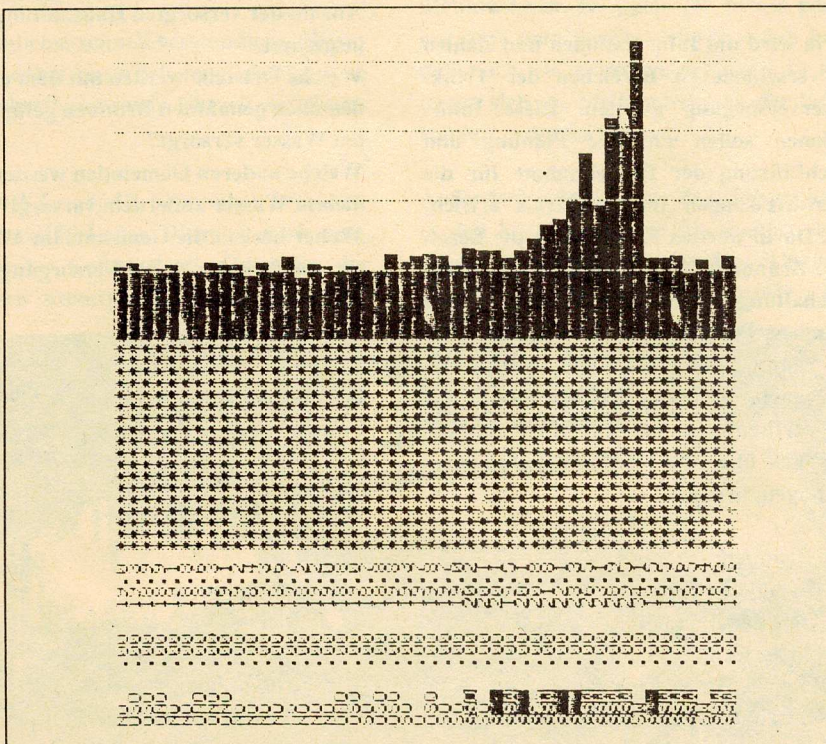
In der Zeit der erhöhten Werte wurde weder ein Niederschlag gemessen, noch lagen für eine Inversions-Wetterlage typische Wetterdaten vor. Der Verlauf der Gamma-Dosis ist untypisch für eine Erhöhung durch Regen oder andere natürliche Einflüsse. Dagegen wurde ein starker Wind aus Kraftwerks-Richtung registriert. Die Meßstation GAMMA-4TORN liegt nördlich des Kraftwerks. Das Meßstation zeigt in der fraglichen Zeit Windrichtungen um Süd und Südsüdwest an. Bei den anderen um das AKW Mülheim-Kärlich aufgestellten Meßstationen gab es am 19./20.3. keine Auffälligkeiten in den Meßwerten.

Zwar produzierte das AKW Mülheim-Kärlich zur fraglichen Zeit keinen Strom, aber das bedeutet nicht, daß

auch keine Radioaktivität abgegeben werden kann. Das radioaktive Inventar ist nach wie vor vorhanden. Zur Zeit sind Arbeiten zur Vorbereitung der Wiederinbetriebnahme im Gange. Es liegt auch der Schluß nahe, daß die Betreiber für sie günstige Wetterlagen, z.B. hohe Windgeschwindigkeiten, für gezielte Abgaben nutzen, die dann in Schüben erfolgen. Weht der Wind mit hoher Geschwindigkeit über das AKW, so wird die aus dem Kamin kommende Radioaktivität recht schnell ohne großflächige Ausbreitung weitergetragen. Also kann ein Landstrich in größerer Entfernung vom Kraftwerk stark betroffen sein, während in der unmittelbaren Umgebung des Kraftwerks die Meßgeräte keine zusätzliche Radioaktivität anzeigen.

Ein Fehler in der Meßanlage ist auszuschließen.

Diethard Bastian



Nebenstehende Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus dem Meßprotokoll der Umgebungsüberwachungsanlage beim Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich

Besonders deutlich zu sehen ist die mit der Zeitachse steigende Radioaktivität bis zu einem Maximalwert am 19. März 1990 gegen 15.45 Uhr. Danach sinken die Meßwerte der externen Gammadosis wieder relativ schnell auf einen Pegel leicht über den sonst üblichen Meßwerten in diesem Gebiet ab.